

Editorial

Zum wirtschaftspolitischen Programm der neuen Bundesregierung

Nach der Nationalratswahl vom 1. Oktober 2006 wurde in den Leitartikeln und Kommentaren der österreichischen Medien viel über die politischen Bestimmungsfaktoren des weithin als Überraschung empfundenen Wahlergebnisses geschrieben. Etwas in den Hintergrund gedrängt wurden dadurch die sozialökonomischen Faktoren, die maßgebliche Gründe dafür lieferten, warum so viele Wähler fanden, dass es nicht so weiter gehen sollte wie bisher. Die Arbeitsmarktlage verschlechterte sich nach dem Jahr 2000 deutlich, was nicht nur in den abstrakten statistischen Kennziffern zum Ausdruck kam. Zwischen 6 und 7 Prozent Arbeitslosigkeit über mehrere Jahre bedeutete für einen wachsenden Teil der Bevölkerung negative Betroffenheit, sei es für diejenigen, die nach Stellenverlust immer schwerer einen neuen Arbeitsplatz fanden, oder für die jungen Menschen, die nach Abschluss ihrer Ausbildung ins Erwerbsleben eintreten wollten. Ebenso spürbar hinter der Fassade von immer neuen, rein statistisch nicht bezweifelbaren „Beschäftigungsrekorden“ war der massive Rückgang an Vollzeit Arbeitsplätzen, der auch in der Einkommensentwicklung seine Spuren hinterließ. Bei einer mageren Zunahme des realen Durchschnittseinkommens je Beschäftigten um ganze 1 Prozent in sechs Jahren (kumuliert, nicht pro Jahr!) war es auch unvermeidlich, dass nach den Daten der Sozialversicherung für den Zeitraum von 2000 bis 2005 gut die Hälfte Realeinkommenseinbußen von 2 bis 3 Prozent hinnehmen mussten. Im Transferbereich entwickelten sich die Pensionen deutlich unter der Nulllinie, und die mehrfachen „Treffsicherheitspakete“ und Pensionsreformen waren trotz Umbenennung in „Pensionssicherungsreform“ nicht geeignet, Gefühle einer verbesserten sozialen Sicherheit hervorzurufen.

Gegen diese Tatsachen nützte es wenig, wenn die Regierung immer wieder die angeblich „hervorragende wirtschaftliche Entwicklung Österreichs im europäischen Vergleich“ herauszustreichen versuchte. Parolen wie „Keine neuen Schulden mehr“, die in der Wahl 2002 noch gezogen hatten, waren unglaubwürdig geworden oder hatten ihre Blendungswirkung verloren. Selbst der von den Prognostikern ursprünglich in dieser Stärke nicht erwartete Konjunkturaufschwung des Jahres 2006, der das Bild in mancher Hinsicht wieder etwas verbesserte, konnte der Regierung nicht mehr wirklich helfen.

stärker verbindliche Zielsetzungen und weniger Maßnahmen, die mehr der Agrarförderung als dem Klimaschutz dienen, wünschenswert gewesen. Bei einem Vergleich mit der Politik der letzten Jahre darf aber auch nicht übersehen werden, dass die zuletzt von ÖVP und BZÖ getragene Regierung *de facto* sich immer mehr von den prononcierten und aggressiven Ansagen der Anfangszeit¹ entfernt hat. Budgetdefizite von 1,5% strafen die ohnehin törichte Parole „Keine neuen Schulden!“ Lügen. Während 2001 die Forderung nach einer konjunkturstützenden Infrastrukturoffensive noch als vorgestrig und nutzlos zurückgewiesen wurde, hat diese Regierung sich das Verdienst zugerechnet, mit einer Erhöhung der Investitionen in den Ausbau von Bahn und Straßen Zehntausende Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Die in der Androhung einer „Verbetrieblichung der Lohnverhandlungen“ steckende Kampfansage an die kollektivvertragliche Lohnpolitik wurde versenkt, und am Ende musste die ursprünglich hart kritisierte und zurückgedrängte Sozialpartnerschaft wieder als Modell hervorgeholt werden, um der österreichischen EU-Präsidentschaft wirtschaftspolitisch auch ein österreichisches Profil zu verleihen. All dies war nicht nur Ausdruck eines abnehmenden politischen Selbstvertrauens. Es zeigte sich, dass langfristig ein auf Kooperation und Konsens aufbauendes System der Entscheidungsfindung mehr Tragfähigkeit hat als die angeblich überlegenen Alternativen, die kurzfristig durch eine zeitgeistige Rhetorik propagiert worden waren.

Dass die „Wende von der Wende“ nicht markanter ausfällt, ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass die Wahl mehr oder weniger eine politische Pattstellung ergeben hat. Eindeutig daran ist die Abwahl der alten Regierung, aber sie erfolgte ohne die Erteilung eines klaren Alternativmandats. An dieser Tatsache kann eine realistische Evaluierung des neuen Regierungsprogramms nicht vorbeigehen.

¹ Siehe dazu das Editorial „Zum blau-schwarzen Experiment“ in Heft 1/2000 dieser Zeitschrift.